

Vollkasko für Banken

Die Anstalt übernimmt: Bundesregierung beschließt Rechtsverordnung zum Hilfspaket für Finanzkapital und sichert Steuergelder gegen geringe Auflagen zu

Von Klaus Fischer

Aus: Junge Welt 21.Okt 08

Das 500-Milliarden-Hilfspaket für das Finanzkapital kann verteilt werden. Das Bundeskabinett beschloß am Montag in Berlin die entsprechende Rechtsverordnung. Darin ist geregelt, wie das am Freitag in Bundestag und Bundesrat hastig verabschiedete Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte umgesetzt werden soll. Sowohl von links als auch aus der Bankenszene wurden die Maßnahmen scharf kritisiert.

Das Paket hat zweifellos Vollkaskoformat für die Banken: Garantien vom Staat für Geschäfte, Kapitalspritzen bei Bedarf, Abkauf des Finanzmülls – der Steuerzahler wird durch die Politik ins Risiko gezwungen, während die Finanzwirtschaft davon befreit wird. Hinzu kommen als Sahnehäubchen aufgeweichte Bilanzierungsvorschriften. Die »Gegenleistungen« nehmen sich hingegen – trotz medialem Getöse – bescheiden aus. Gemanagt wird das Ganze durch einen Finanzmarktstabilisierungsanstalt – kein Witz.

Zu Diensten

Wichtigster Punkt der Hilfsmaßnahmen ist die Garantiegewährung durch den Staat für Refinanzierungsgeschäfte der Banken. Bis zu 400 Milliarden Euro stehen dafür zur Verfügung. Befindet sich die Bank in einer Kapitalklemme – weil sie zuviel Eigenkapital verbrannt hat – kann Vater Staat mit bis zu zehn Milliarden Euro pro Unternehmen einspringen. Eigenkapitalhilfen gibt es »in jeder geeigneten Form«. Und hilft das noch immer nicht, den betreffenden Finanzkonzern wieder auf Profitkurs zu bringen, darf der Fonds außerdem »Risikopositionen« eines Unternehmens übernehmen – bis zu einer Grenze von fünf Milliarden Euro.

Die »Gegenleistungen«: Mit besonderer Betonung wird verkündet, daß die Banken bei Inanspruchnahme der Hilfen »marktgerechte« Vergütungen zu zahlen hätten. Doch was bedeutet marktgerecht, wenn das ganze Programm im Grunde das Gegenteil davon ist?

Mit besonderem Stolz verweist die Bundesregierung auf eine Begrenzung der Managergehälter auf 500000 Euro im Jahr. Allein diese Betonung macht den Widersinn der ganzen Debatte offenbar. Hätte der vielbeschworene Markt sich durchgesetzt, wäre diese oder jene Bank pleite. Und das hätte bedeutet, die Herren in Nadelstreifen müßten nicht nur auf jene halbe Million im Jahr, sondern auch auf »Ruhegehälter« und »Abfindungen« verzichten.

Hinzu kommt, daß die Verordnung diese Maßnahme nur vorsieht, wenn der betreffende

Finanzkonzern mehr als Garantien in Anspruch nimmt. Außerdem steht das Ganze unter rechtlichem Vorbehalt, und es ist nicht auszuschließen, daß die Bankfürsten sich nach ausgestandener Krise ihre Millionengehälter nachträglich einklagen werden. Das gleiche gilt für Boni und Abfindungen. Boni sollten »nicht gezahlt werden, solange das Unternehmen Stabilisierungsmaßnahmen des Fonds in Anspruch« nimmt, heißt es, Abfindungen nur dann, wenn ein rechtlicher Anspruch besteht – was bei den Topmanagern zu hundert Prozent der Fall sein dürfte.

Die Anstalt: Bezeichnend für die Beteiligten ist, daß die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) mit Sitz in Frankfurt am Main, bewußt nach dem Modell der berühmigten »Treuhandanstalt« gestaltet wurde. Diese Behörde durfte in den 90ern das Volkseigentum der DDR verramschen. Dabei wurden viele westliche Insolvenzverwalter und Spekulanten blitzschnell reich, mehr als die Hälfte der Ostdeutschen arbeitslos – mit Langzeitgarantie. Die neue Anstalt nahm am Montag ihre Arbeit auf.

Skandalvorbild

Mangelnde parlamentarische Kontrolle, null Transparenz und Willkür der betreffenden Anstaltsmanager befürchten nun viele kritische Beobachter. »Mit dem Gebaren der Treuhand haben sich Untersuchungsausschüsse jahrelang beschäftigt«, kommentiert Gesine Löttsch von der Linkspartei am Montag die Verordnung. Die stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion sagte: »Die Vollmachten der neuen Anstalt sind unglaublich, genauso unglaublich wie die fehlende Kontrolle durch den Bundestag. Diese Konstruktion öffnet Lobbyismus und Korruption Tür und Tor.«

Kritik setzte es für die Regierung auch von der anderen Seite. So lästerte Josef Ackermann im Spiegel über den Fonds und erklärte für die Deutsche Bank, »ich würde mich schämen, wenn wir Staatsgeld annehmen würden«. Dies sei »sehr befremdlich und überraschend«, kommentierte Vizeregierungssprecher Thomas Steg am Montag. Die Bundesregierung scheint offenbar mehr Dankbarkeit erwartet zu haben für das von ihr geschnürte Versicherungspaket.